

Der Sächsische Erzähler

Bischofswerdaer Tageblatt.

Amtsblatt der Amtshauptmannschaft, der Schulinspektion und des Hauptzollamts zu Bautzen, sowie des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Bischofswerda und der Gemeindevorsteher des Bezirks. Dieses Blatt im Bezirke. Erscheint seit 1846.



Anzeigebblatt für Bischofswerda, Neutirch, Stolpen und Umgegend sowie für die angrenzenden Bezirke. — — — Wöchentliche Beilagen: Der Sächsische Landwirt und Sonntags-Unterhaltungsblatt. Fernsprecher Nr. 22.

Verkaufsstelle: Bischofswerda, Markt 15.
Preis: 1.50; durch die Post bezogen monatlich 2.75

Verkaufsstelle: Amt Bautzen, Nr. 21 143.
Preis: 1.50; durch die Post bezogen monatlich 2.75

Anzeigenpreis: Die gewöhnliche Zeile (10 Zeilen)
Preis: 1.50; durch die Post bezogen monatlich 2.75

Nr. 117.

Sonnabend, den 22. Mai 1920.

74. Jahrgang.

Nationalversammlung.

Berlin, 20. Mai. Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung um 10.20 Uhr und macht Mitteilung von dem Eingang mehrerer Gesetzesvorlagen.

Abg. Frau Köhl (Soz.) begründet eine Interpellation aller Parteien mit Ausnahme der Unabhängigen betr. die

Benennung farbiger Truppen in dem besetzten Gebiet.

Die Frauen und Kinder, Männer und Frauen seien diese Wunden der schrecklichen Gefahr. Nur der kleinste Teil der Bevölkerung werde befreit. In der ganzen Welt wache die

Reichsminister Dr. Brücker: Bis gestern abend waren keine Nachrichten eingelaufen von irgend einer Zurückziehung der farbigen französischen Truppen. Wir wollen nicht in die Außenwelt eintreten. Wir denken an die Schwärzen in unseren Kolonien, die mit uns zusammenge-

schlossen haben. Aber die Verpflanzung von 50 000 Farbigen in das Herz Europas ist ein Verbrechen. Die Proteste Amerikas, Englands, Schwedens und Norwegens haben auf die Franzosen ebensowenig Eindruck gemacht, wie unsere Proteste. Von einer wirtschaftlichen Solidarität Europas kann nicht gesprochen werden, solange man die politische Solidarität mit ihnen teilt. Wir wollen uns an den Völkerbund wenden, damit der moralische Druck der ganzen Welt ein-

setze. Den Brüdern im Westen aber wollen wir sagen, daß wir mit ihnen leiden und ihre Befreiung erhoffen. (Beifall.)

Frau Jitz (Unabh.) glaubt sich der Schwarzen annähern zu müssen! Unter stürmischen Protesten meinte sie, die Deutschen hätten in Frankreich ganz ähnliche Dinge begangen. Ihre Partei lehne jeden Kasernenabzug. Ferner glaubte sie an die Verbrechen gegen die Schwarzen erinnern zu müssen, die die deutsche Kolonialpolitik begangen habe. Schließlich verließen fast alle Abgeordneten den Saal und einer rief der Rednerin zu: „Bisfelte Sie sich doch selber an.“ Die deutschvölkische Abg. Frau Mendel erwiderte, solche Vorgänge könnten doch unmöglich Liebe für die Schwarzen erwecken; vielleicht sei ein Appell an den Papst seitens des deutschen Zentrums möglich. Im übrigen betonte die Rednerin, daß Frau Köhl namens aller weiblichen Mitglieder der Nationalversammlung gesprochen habe.

Die zweite gemeinsame Interpellation über die Maßnahmen der internationalen Schleswig-Kommision begründete der deutsche nationale Abg. Löwenthal. Er geistete die Einführung dänischer Gesetze und der dänischen Währung, ehe noch der staatsrechtliche Übergang an Dänemark vollzogen und die Grenzen festgesetzt seien, und wies auf die schweren wirtschaftlichen Schäden hin, die dadurch namentlich in der zweiten Zone entstanden seien.

Reichsminister Dr. Brücker erwiderte, die Reichsregierung habe keine Möglichkeit gehabt, einen Aufschub dieser Maßnahmen durchzusetzen, obwohl sie sofort gegen den wieder mit dem Geiste noch mit dem Wortlaut des Friedensvertrages zu vereinbarenden Schritt protestiert habe.

Auf die dritte Interpellation über die Behandlung der Deutschen in den an Polen abgetretenen Gebieten und in Ober- und Niederschlesien ver sprach der Minister, jede Verletzung des Vertrages bei der Entente zur Sprache bringen und gegen die Polen alle möglichen Druckmittel auf wirtschaftlichem Gebiet anzuwenden zu wollen.

Die Interpellation des Zentrums über die Zwischenfälle in Eupen und Malmedy erwiderte die Abg. Frau Schm. Der Friedensvertrag habe das Selbstbestimmungsrecht wahren wollen, aber nicht die Ausweisung deutschführender Personen vorgehabt. Reichsminister Brücker gab die Klagen der Interpellanten zu. Entgegen den Debatten in der belgischen Volkstammer handele es sich nicht um eine Wiedervereinigung früher belgischer Gebiete mit dem Mutterreich. Eupen und Malmedy seien immer deutsches Land gewesen. Durch die belgischen Ausweisungen werde die Volksbefragung illusorisch gemacht. Der Völkerbund werde nach der Abstimmung zu prüfen haben, unter welchen Bedingungen das Ergebnis zustande gekommen ist.

Ein Antrag der Unabhängigen auf sofortige Aufhebung des Belagerungszustandes wurde von dem Abg. Henke ausführlich begründet. Der unabhängige Antrag wurde mit einer Zufallsmehrheit angenommen, lediglich deshalb, weil die Wähler der Linken besonders gut, die der anderen Parteien, einschließlich der Demokraten, besonders schlecht besetzt waren.

Die Nachmittagsitzung währte dann nur eine kurze Stunde. Man erledigte eine Menge kleiner Vorlagen, darunter den Friedensvertrag mit Costarica und das Ab-

kommen mit der Sowjetregierung über die gegenseitige Heimkehr der Kriegsgefangenen. Bei dieser letzteren Gelegenheit betonten im eblen Beifall die Redner der beiden sozialdemokratischen Parteien, die Abgg. Henke und Scheidemann, ihre große Begeisterung, auch sonst mit Russland bald wieder in freundschaftliche Beziehungen zu kommen. Scheidemann meinte nur, man müsse sobald wie möglich authentische Nachrichten über die wahren Zustände in Russland zu bekommen suchen. — Nächste Sitzung Freitag 1/10 Uhr.

Die Abjagstochung auf dem Wirtschaftsmarkt.

In Dresdener Industriekreisen nimmt man den Preissturz, von dem so geflüstert jetzt überall die Rede ist, noch nicht allzu ernst. Die Zurückhaltung der Käufer datiert ja nicht von heute und gestern. Sie hat sich vielmehr bereits

kurz nach Jahresanfang in verschiedenen Industriezweigen angekündigt. In der Hauptsache scheint es sich nach Ansicht maßgebender Kreise dabei mehr um eine spekulative Zurückhaltung der Käufer zu handeln. Daß die kon-

krete Preissturz bei rückgängiger Preissteigerung überhaupt nur wenig taufen würden, wußte man schon vorher. Es ist eine alte Erfahrung, eine planmäßige Verbilligung der Waren schreckt die Käufer eher ab als steigende Preise. Jeder glaubt eben nur, wir werden in ähnlicher Weise einen andauernden Preissturz erleben, wie die Preissteigerung während der letzten Jahre zunahm. Dabei ver-

gibt man aber ganz, daß für eine nachhaltigere Aufbesserung keine greifbaren und zuverlässigen Gründe ins Feld geführt werden können. Wenn jetzt regierungseitig nach Möglichkeit der Export unterbunden wird, so muß man sich fragen, woher stammen überhaupt die reichlich angebotenen De-

visen und deren unüberhältnismäßig niedriger Preis? Wehr und mehr hat sich in Finanzkreisen die Überzeugung ausgebreitet, daß rein politische Machinationen hierbei mit im Spiele sind, und an der Börse ist schon beobachtet worden, daß besonders weitsichtig und „scharf“ manipulierende Elemente dabei sind, auf die Devisenbörse „nach den Wahlen“ zu spekulieren. Allerdings sind nun der deutschen Bank-

welt so ungeheure Aufgaben in den letzten Jahren und namentlich in den letzten Monaten erwachsen, daß sich die Fühlung zu ihrer Rundschaft im allgemeinen und zu ihrer industriellen Rundschaft im besonderen vielfach sehr gelockert hat. Damit hängt es auch zusammen, daß dieser nicht mehr die finanzielle Unterstützung gewährt werden kann, die man ihr in normaleren Zeiten wohl unbedenklich würde gewährt haben können. Infolgedessen hat die Geldnot namentlich kleinere industrielle Kreise gezwungen, Ware zu jedem Preis auf den Markt zu werfen, nur um sich die Mittel zu beschaffen, ihre Angestellten bezahlen zu können und die hohen Lasten, die gegenwärtig ein Betrieb verursacht, zu tragen.

Das Auf-den-Markt-Werfen der Ware muß selbstredend ohne Rücksicht auf den zu erzielenden Preis bzw. auf die Herstellungskosten geschehen. Diese sind nach wie vor gleich hoch geblieben. Eher kann man sagen, noch ständig im Wachsen begriffen, denn Löhne, Gehälter, Steuern und sonstige Ausgaben, namentlich aber auch die sozialen Lasten zeigen noch feinerlei Abbaumöglichkeit und in absehbarer Zeit wird daran auch gar nicht zu denken sein. Daß also ein nachhaltiger Preisrückgang für Fertigfabrikate jetzt gar nicht in Frage kommen kann, wird in Dresdener industriellen Kreisen fest angenommen. Wenn vorübergehend

jeht Betriebe zum Stilllegen kommen oder zum mindesten stark eingeschränkt werden, so sind die Hauptursachen fehlendes Kapital für die Bezahlung der Rohmaterialien und vor allem Dingen auch Rückkäufe, die mehr auf politischem Gebiet als auf rein kommerziellem Gebiete liegen dürften.

Verband deutscher Textilgeschäfte.

Am 5. Mai hielt der Bezirksverein Sachsen des Verbandes seine Hauptversammlung ab, zu der aus ganz Sachsen mehrere hundert Mitglieder, sowie Vertreter verschiedener Behörden usw. erschienen waren. Nachdem der Vorsitzende des Bezirksvereins Gustav Heinrich-Dresden die Versammlungsteilnehmer, insbesondere die Ehrengäste, begrüßt hatte, legte Sechensrat Dr. Florey vom Wirtschaftsministerium die Notwendigkeit der Zwangsbewirtschaftung der Textilwaren zur Versorgung der minderbemittelten Bevölkerung dar. Er betonte, daß bei der Durchführung der Rohstoffversorgung der Einzelhandel im Rahmen des

Möglichen berücksichtigt werden würde. Stadtrat Reichardt

Dresden erhob hierauf den Willkommensgruß der Stadt Dresden. Sodann gab der Geschäftsführer des Bezirksvereins Dr. Erler-Dresden einen ausführlichen Überblick über die Tätigkeit des Bezirksvereins in den letzten Geschäftsjahren. Er wies auf die Schwierigkeiten hin, die sich für den Einzelhandel aus der Verkürzung der Arbeitszeit ergeben haben, und wie nur durch größere Arbeitsleistung allgemein die wirtschaftliche Lage verbessert werden könne. Verfehlt seien auch die derzeitigen falschen Gerüchte über einen plötzlichen Preissturz der Textilwaren. Selbst wenn zugegeben werden müsse, daß die Preise verschiedener Rohstoffe im Sinken begriffen seien, so könne dies dennoch bei den Fertigerzeugnissen kaum in Erscheinung treten, da die Winderpreise der Rohstoffe durch die fortgesetzten Steigerungen der Löhne und Gehälter und sonstigen Herstellungskosten reichlich wettgemacht würden. Der Generalsekretär des Verbandes Syndikus Dr. Heide-Berlin hielt im Anschluß hieran einen mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag über „Die Not und Sorgen des Textilwareneinzelhandels. Auch er vertrat die Ansicht, daß der Textilwareneinzelhandel noch mit großen Schwierigkeiten zu rechnen haben würde; schon jetzt bereiteten die einseitigen schweren Lieferungsbedingungen der Fabrikanten und Großhändler den Textilwareneinzelhandelsfirmen große Sorgen. Gegen die Textilnotstandsversorgung in der jetzigen Form müßten schwere Bedenken erhoben werden. Es werde angeführt werden müssen, daß wieder günstigere Lieferungsbedingungen von den Fabrikanten gestellt würden, und daß zur Versorgung der minderbemittelten Bevölkerung Industrie und Handel zusammenarbeiten, um wohlfeile Waren der minderbemittelten Bevölkerung von sich aus zuzuführen. Nach eingehender

Ausprache legte in einem weiteren Vortrag der stellvertretende Vorsitzende des Bezirksvereins Otto Borchardt-Dresden den Plan des sächsischen Landespreisausschusses, die Vorschriften über die Preisauszeichnung ausgestellter Waren auch auf Textilwaren auszudehnen, dar. Bedenken mannigfacher Art sprachen gegen diesen Plan. Die Versammlung schloß sich diesen Ausführungen an und beschloß, entschieden dagegen Stellung zu nehmen.

Aus Sachsen

Dresden, 21. Mai. Wer ist die Ermordete? Am Mittwoch, den 19. Mai, gegen 11 Uhr abends, ist auf der Straße von Rodrich nach Kaiß eine noch unbekannte Frauensperson erschossen worden. Die Person ist 1,65 m groß und vermutlich 30 bis 40 Jahre alt, hat dunkelblondes, wenig meliertes Haar und trug künstliches Gebiß. Sie war bekleidet mit dunkelgrauem Rock, schwarzer Spitzenbluse, schwarzem, breitem Strohhut mit schwarzem Bande, schwarzen Strümpfen und hellbraunen Halbschuhen mit drei Spannen. Sie hatte einen schwarzen Sonnenschirm mit schwarzer Quaste bei sich und trug gelbe Ohrringe mit hellblauen Steinen. Als Brosche trug sie eine weiße Taube aus hellem Metall mit weißem Stein im Schnabel. Sachdienliche Wahrnehmungen werden an den Gendarmenstandort Leubnitz-Neußtra oder die Landeskriminalpolizei Dresden, Schießgasse 7, Zimmer 210, erbeten.

Adelsbrot, 21. Mai. Die Erdbeererde ist am Montag, den 17. Mai, wieder eröffnet worden. Die Haupthandelsstelle befindet sich im Garten des Bahnhofs in Adelsbrot. Der Ertrag wird in diesem Jahre als sehr mäßig geschätzt, weil die Blütezeit unter Regen und kalter Witterung gelitten hat, infolgedessen der Fruchtansatz sehr beeinträchtigt worden ist.

Leipzig, 21. Mai. Was Parteiblätter Zuschuß erfordern. Die unabhängige „Volkszeitung für das Rudolstadt“ erforderte im letzten Geschäftsjahr einen Zuschuß von 25 364 M., welcher Betrag aus der Parteikasse zu decken ist.

Aus der Oberlausitz

Bischofswerda, 21. Mai. — Pfingstkollekte. An beiden Feiertagen des bevorstehenden Pfingstfestes soll wieder die Kollekte für den Allgemeinen Kirchenfonds gesammelt werden. Diese Kollekte unserer Landeskirche sowie als möglich zu stärken, muß allen treuen Mitgliedern derselben am Herzen liegen. Denn sie ist bestimmt, die Mittel liefern zu helfen, deren unklare Wundersprüche in dieser Zeit schwerster innerer und äußerer Not mehr denn je bedarf, um überall im Lande das Wort vom Kreuz und von der seligmachenden Gnade Gottes zu jung und alt lehren und verkündigen und unser innerlich verarmtes Volk auf den Weg des Heils zurückzuführen zu können, der